

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe 14/2015 – 14.9.2015

Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei, und traditionell beginnt die neue Halbzeit mit einer sogenannten Haushaltswoche. Normalerweise ist die Generaldebatte in der Haushaltswoche die Gelegenheit für die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, sich mit der Politik der Bundesregierung auseinanderzusetzen. Die Opposition nutzt die so genannte Elefantenrunde für einen Rundumschlag. Die diesjährige Aussprache war klar von der Flüchtlingskrise geprägt.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann lobte in seiner Rede die große Hilfsbereitschaft der Deutschen gegenüber den Flüchtlingen und ihre offene Haltung. Dank der vielen freiwilligen Helfer zeige sich Deutschland „der ganzen Welt von seiner besten Seite“. In der Flüchtlingskrise sei zu sehen, „welch unschätzbaren Wert eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft hat“. Das sehen wir genauso und möchten uns mit einem großen Dankeschön insbesondere an die Duisburger Helferinnen und Helfer anschließen.

Der Zustrom von Flüchtlingen ist aber auch mit immer höheren Kosten für die sie aufnehmenden Ländern und Kommunen verbunden. Um diese zu unterstützen, haben Bund, Länder und Kommunen bereits im vergangenen Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 1 Mrd. Euro beschlossen. Die Unterstützung des Bundes wird jetzt um weitere 6 Mrd. Euro erhöht. Trotz dieser grundsätzlich zu begrüßenden Initiative reichen die Gelder nach aktueller Lage bei Weitem nicht zur adäquaten Bewältigung der Aufgabe aus. Was wir jetzt brauchen, ist eine langfristige, strukturelle und der finanziellen Höhe nach geeignete Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung von bei uns Hilfe suchenden Geflüchteten.

Viel Spaß beim Lesen und eine schöne Sommerzeit wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

HAUSHALT Haushaltsplan 2016: Erneut ohne neue Schulden	3
ASYL Das sind die Maßnahmen der Koalition in der Flüchtlingspolitik	5
WIRTSCHAFT Fachkräftemangel: den Flüchtlingszustrom als Chance begreifen	8
GEDENKEN SPD trauert um Egon Bahr	10

TOP-THEMA

HAUSHALT

3

Haushaltsplan 2016: Erneut ohne neue Schulden

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat an diesem Dienstag den Haushaltsentwurf (Drucksachen 18/5500, 5501) der Regierung vorgestellt. Im Haushaltsentwurf der Koalition sind Ausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro geplant. Das sind 10,4 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr vorgesehen sind (2015: 301,6 Milliarden Euro). Der Entwurf sieht aber keine Aufnahme neuer Kredite vor. Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 10,62 Milliarden Euro gegenüber.

Der Haushalt 2016 und der Finanzplan bis 2019 kommen ohne neue Schulden aus – Jahr für Jahr. Damit trägt der Bund maßgeblich dazu bei, das Ziel zu erreichen, die gesamtstaatliche Schuldenquote innerhalb von zehn Jahren auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken – so wie es die europäischen Regelungen vorschreiben

In der allgemeinen Finanzdebatte zur Einbringung des Haushalts am Dienstagmorgen sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider, dem florierenden Arbeitsmarkt und der Zinersparnis (allein in diesem Jahr 20 Milliarden Euro) sei es zu danken, dass die Lage in Deutschland so gut sei. Deshalb könnten die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise gemeistert werden. Er verwies auf die Reserven, die dafür genutzt werden könnten.



Schneider machte deutlich, dass die hohe Binnennachfrage auch mit dem von der SPD-Fraktion durchgesetzten Mindestlohn zusammenhänge. Er mahnte zugleich aber weitere Investitionen des Staates an – bei der Infrastruktur ebenso wie etwa beim Kitausbau.

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs, lobte die Beschlüsse der Koalition, 6 Milliarden Euro zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen zu mobilisieren. „Das ist sehr viel Geld“, sagte Kahrs. Er betonte, dass dazu noch die 3000 neuen Stellen bei der Bundespolizei kommen und 1000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Besonders wichtig sei ihm aber die Botschaft, dass der Staat trotz all der Anstrengungen für Flüchtlinge die sonstigen Aufgaben weiter erledigen werde: „Wir werden nicht eine Gruppe gegen eine andere ausspielen, sondern weiterhin helfen, weiterhin investieren und weiter unsere normalen Hausaufgaben machen, damit dieser Staat weiter funktioniert und so erfolgreich bleibt.“ Der Haushalt 2016 stelle langfristige Weichen.

4

Der Bundeshaushalt 2016

Mit diesem Haushaltsentwurf erhöht die Koalition die Zukunftsinvestitionen: ein erster Teil des Investitionspaketes von 10 Milliarden Euro wird 2016 umgesetzt. Außerdem geht es auch mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmenpaket von insgesamt 23 Milliarden Euro weiter. Damit stärkt die Koalition vor allem Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz, Bildung und Kinderbetreuung.

Zugleich sind die steuerlichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger mit einem Volumen von mehr als 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags und der Verschiebung der Tarifgrenzen anteilig im Haushalt berücksichtigt.

Ein besonderer Schwerpunkt bleibt die Unterstützung für finanzschwache Kommunen: Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2015 hatte der Bund 3,5 Milliarden Euro für einen Kommunalinvestitionsförderungsfonds bereitgestellt. Mit diesem Sondervermögen gewährt er den Ländern in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen.



Die Entlastung der Kommunen und Länder bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern hat das Kabinett für 2015 unlängst auf 1 Milliarde Euro verdoppelt. Für 2016 haben die Koalitionsspitzen am vergangenen Sonntag zusätzliche Ausgaben des Bundes von 6 Milliarden Euro im Zusammenhang mit den Flüchtlingen beschlossen. Gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder soll am 24. September eine vollständige Einigung erreicht werden.

Auch die innere Sicherheit wird durch zusätzliche Mittel erheblich gestärkt, zum Beispiel für:

- die Sicherheitsbehörden, wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie für den Bereich der Cybersicherheit zugunsten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik,
- den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben,
- die Luftsicherheit
- rund 800 weitere Stellen wurden zur Stärkung der Inneren Sicherheit und für die IT-Sicherheit zusätzlich aufgebracht
- Für die äußere Sicherheit wird der Verteidigungshaushalt nachhaltig aufgestockt.

5

Wichtig ist, dass der Bund weiter an dem Ziel festhält, keine neuen Schulden zu machen. Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig die seriöse Finanzpolitik der vergangenen zwei Jahre war. Für die SPD-Bundestagsfraktion bedeutet das: Solide Finanzen und eine wachstumsorientierte, impulsgebende Finanzpolitik schließen sich nicht aus – im Gegenteil.

ASYL

Das sind die Maßnahmen der Koalition in der Flüchtlingspolitik

Deutschland ist in diesen Monaten das Zielland einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Land Sicherheit suchen. Die Koalition hat sich auf ein Maßnahmenbündel geeinigt, das vor allem Länder und Kommunen unterstützt.

Asylverfahren einschließlich Rückführungen beschleunigen

Priorität haben weiterhin die Beschleunigung der Asylverfahren und der Abbau der beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anhängigen Verfahren, u. a. durch die zügige Besetzung der bereits beschlossenen neuen Stellen und der unbürokratischen Gewinnung



weiteren Personals für Entscheidungskapazitäten. Bargeldbedarf in Erstaufnahmeeinrichtungen soll so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt werden, und Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sollen bis zum Ende des Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben. Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen wird von 6 auf 3 Monate reduziert.

Bei der Bundespolizei werden 3000 zusätzlich Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen. Kosovo, Albanien und Montenegro werden durch Gesetzesänderung zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Die Höchstdauer des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen kann bis zu sechs Monate betragen – entsprechend verlängert sich die Residenzpflicht. Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern verlängert sich der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Verfahrens und der in der Regel darauf folgenden Rückführung.

Menschenwürdige Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen

Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von ca. 150.000 winterfesten Plätzen in menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge verstärkt unterstützen. Er wird Ländern und Gemeinden alle verfügbaren Plätze in Bundesliegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen auf Anforderungen sofort und mietzinsfrei zur Verfügung stellen und die Kosten für die Herrichtung übernehmen. Soweit Bundesliegenschaften nicht zur Verfügung stehen, wird der Bund die Schaffung der erforderlichen Plätze finanziell angemessen unterstützen.

In einem Beschleunigungsgesetz soll für einen befristeten Zeitraum für die Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation die Abweichung von geltenden Regelungen oder Standards ermöglicht werden. Die Länder werden ihrerseits zu entsprechenden Regelungen ermuntert.

Entlastung der Kommunen

Der Bund wird zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation die Ansätze im Haushalt 2016 um 3 Milliarden Euro erhöhen und Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Über die Einzelheiten der Verwendung wird mit den Ländern bis zum 24. September 2015 Einvernehmen erzielt.



Freiwilliges Engagement

Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist von unschätzbarem Wert. Die Koalition wird diese Arbeit unterstützen und beim Freiwilligendienst des Bundes bis zu 10.000 zusätzliche Stellen einrichten.

Integration

Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten. Um die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen frühzeitig und zielgerichtet zu unterstützen, wird die Koalition die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für die berufsbezogene Deutschförderung und für qualifiziertes Personal in den Jobcentern entsprechend dem steigenden Bedarf aufstocken.

Alternativen zum Asylweg

Für Angehörige der Staaten des Westbalkan (Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Albanien und Montenegro) will die Koalition die Möglichkeiten der legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland schaffen. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Doch auch Europa muss seine Flüchtlingspolitik optimieren. Die Herausforderung angesichts der immensen Flüchtlingszahlen kann von der Europäischen Union nur gemeinsam und auf der Grundlage ihrer Werte- und Rechtsordnung bewältigt werden. Es müssen menschenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen (so genannte Hotspots) in den EU-Mitgliedstaaten geschaffen werden, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist, und es muss eine solidarische und faire Verteilung und Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge durch die EU-Mitgliedstaaten geben und eine gemeinsam EU-Liste sicherer Herkunftsländer. Außerdem bedarf es einer grundlegenden Reform der EU-Asylpolitik mit dem Ziel eines einheitlichen EU-Asylrechts. Nicht zuletzt muss die Schleuserkriminalität massiv und entschlossen bekämpft werden.

Bekämpfung der Fluchtursachen und Stabilisierung der Nachbarländer

Die Koalition prüft, ob ähnlich wie in Niger weitere Anlaufstellen und Einrichtungen in Nordafrika eingerichtet werden können. Außerdem will sie das EU-Engagement zur



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe 14/2015 – 14.9.2015

Bekämpfung der Fluchtursachen in den hauptsächlichen Herkunftsländern durch europäische Mittel verstärken.

Deutschland wird seine Mittel für die Krisenbewältigung- und -prävention ausbauen. Dafür werden die entsprechenden Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt. Schließlich werden die Visastellen in den Auslandsvertretungen verstärkt.

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: „Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses stellt die Koalition ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis. Angesichts der beispiellos hohen Zahl von Flüchtlingen müssen wir jetzt vor allem dafür sorgen, dass die schutzbedürftigen Menschen bei uns menschenwürdig untergebracht und versorgt werden können. Einen zentralen Beitrag werden hierbei die finanziellen Zusagen des Bundes an die Länder und Kommunen leisten.

8

Die Einzelheiten müssen jetzt so schnell wie möglich zwischen Bund und Ländern ausgehandelt werden, damit die Mittel fließen können. Nur gemeinsam können wir diese große Herausforderung bewältigen.“

Hier lässt sich das Papier zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses downloaden:
http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/2015-09-06_ergebkoa-ausschuss.pdf

WIRTSCHAFT

Fachkräftemangel: den Flüchtlingszustrom als Chance begreifen

Die Flüchtlingskrise ist eine Herausforderung für ganz Europa. Doch viele Länder der Europäischen Union weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. In seiner Rede zum Etat seines Hauses fand Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel für diese Entwicklung deutliche Worte.

„Europa ist in Gefahr durch wachsenden nationalen Egoismus seiner Mitgliedstaaten“, konstatierte Sigmar Gabriel. Das müsse schnell überwunden werden, „sonst können wir die Menschen nicht mehr von der europäischen Idee überzeugen“. Er stellte klar: „Dass Deutschland Flüchtlinge aufnimmt statt abzuweisen, ist ein Zeichen der Stärke, und das wird



auch international so gesehen“. Allein im September seien bis dato 40.000 Flüchtlinge zu uns gekommen. Deshalb reiche es auf europäischer Ebene nicht aus, nur 160.000 Flüchtlinge sozusagen umzuverteilen. „Europa muss deutlich mehr tun!“

Die Frage, wie Deutschland mit den Flüchtlingen umgeht, ist auch für Gabriel ein wichtiges Thema. Er lobte die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer: „Das tut Deutschland gut, und das tut den Flüchtlingen gut“, sagte er. Wichtige Aufgabe des Staates sei es, für eine anständige Integration der Flüchtlinge zu sorgen. Für Gabriel liegen dabei Chancen und Risiken dicht beieinander. „Wenn wir es schaffen, diese Menschen in Arbeit zu bringen, setzen wir auch dem Fachkräftemangel und der Alterung der Gesellschaft etwas entgegen“, erläuterte er. Denn die demografische Entwicklung sei „eine Gefahr für die ganze Gesellschaft“.

Es komme darauf an, Leistungsträger nicht zu Leistungsempfängern zu machen. Er forderte mehr Ausbildungsplätze, denn Flucht dürfe nicht zu jahrelangem Nichtstun führen. Gabriel. „Arbeit zu haben, ist die beste Form von Integration“. Und nur eine Wirtschaft, die wachse, könne die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft stehe, auch tragen.

9

Mehr Markt und Wettbewerb bei der Energiewende

Damit kam Gabriel zu den Investitionen des Bundes: Bis 2019 wird der Bund 21 Milliarden Euro investieren, einen Großteil in die Digitalisierung und die Infrastruktur (schnelle Leitungen, Straßenbau etc.). Aber auch die Energieeffizienz werde gestärkt, so Gabriel. Zudem habe die Große Koalition „mehr Markt und Wettbewerb bei der Energiewende“ geschaffen und sichere die Existenz von Stadtwerken.

Gabriel betonte, dass viele der avisierten Zukunftsinvestitionen im Osten stattfinden. Aber er sparte auch eine Mahnung an die Privatwirtschaft nicht aus: „Die Wirtschaft bleibt nur stark, wenn private Unternehmen mehr investieren“. Die Koalition tue das Ihre, etwa 750 Millionen Euro zu mobilisieren beim Bürokratieabbaugesetz.

Die deutsche Wirtschaft ist laut Sigmar Gabriel solide und auf Wachstumspfad – das Wachstum dieses Jahr betrage wohl 1,8 Prozent. Er erwartet eine Rekorderwerbstätigkeit in Deutschland von 42 Millionen Menschen. Die Gründe für die gute Konjunktur liegen laut Gabriel unter anderem im niedrigen Ölpreis, den hohen Steuereinnahmen, der Erholung der



USA und dem starken Export. Er betonte nochmal die strukturelle und dauerhafte Unterstützung des Bundes für die Länder und Kommunen.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil warnte davor, angesichts der hohen Flüchtlingszahlen eine Deregulierung am Arbeitsmarkt zu verlangen. „Es wird keine Änderung beim Mindestlohn geben“, sagte er mit Blick auf Forderungen, diesen auszusetzen.

Auch Heil machte deutlich, dass rund 60 Prozent der öffentlichen Investitionen des Bundes kommunale Investitionen seien. Die Größenordnung bei der Investition in die Energieeffizienz bezifferte Heil auf rund 1,2 Milliarden Euro.

Für ihn steht fest: „Wir sind ein starkes und mitfühlendes Land, wir haben alle Chancen, die kommenden Herausforderungen zu schaffen. Wir sind nicht auf dem Weg in die Verelendung.“

GEDENKEN

SPD trauert um Egon Bahr

Der SPD-Politiker Egon Bahr ist im Alter von 93 Jahren verstorben. Bahr hat die Außenpolitik der Bundesrepublik so nachhaltig geprägt wie wenige sonst. Als Impulsgeber für den ‚Wandel durch Annäherung‘ und als Architekt der neuen Ostpolitik hat er maßgeblich zu einer schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten und zu einem Abbau der Spannungen zwischen West und Ost beigetragen.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann sagt: „Egon Bahr sah sich bis ins hohe Alter dem Frieden, der Freiheit und der Verständigung unter den Völkern verpflichtet. Wir trauern um einen aufrechten Sozialdemokraten, engagierten Versöhner und manchmal auch unbequemen Mahner. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden.“ SPD-Parteichef Sigmar Gabriel: "Ich bin unendlich traurig, mit ihm einen Freund verloren zu haben, der mir in vielen Gesprächen mit seinen überragenden Kenntnissen und großen historischen Erfahrungen Rat gab."

Die politische Lebensleistung Egon Bahrs ist herausragend und wird vor der Geschichte Bestand haben. Er hat zahlreiche Ehrungen für sein politisches Lebenswerk erhalten, seine größte Belohnung jedoch war der Fall der Mauer im November 1989.



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe 14/2015 – 14.9.2015

Die SPD ist dankbar, dass Egon Bahr sie stets loyal begleitet hat. Wir werden seine analytische Brillanz, seine Rationalität und Leidenschaft, aber auch sein Temperament und seinen liebenswürdigen Humor sehr vermissen.